

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert**

**Baden / Ständeversammlung**

**Karlsruhe, 1819 - 1918**

Rede Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs bei Eröffnung der  
Ständeversammlung am 5. September 1867

**urn:nbn:de:bsz:31-28968**

## R e d e

## Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs

bei Eröffnung der Ständeversammlung am 5. September 1867.

Eble Herren und liebe Freunde!

Herzlich heiße Ich Sie willkommen bei dem Beginn Ihrer ungewöhnlich zahlreichen und wichtigen Arbeiten.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben uns vor neue große Aufgaben gestellt; sie werden glücklich gelöst werden zum Heil Meines Landes und Meines Volkes und zum Frommen der gesammten deutschen Nation, wenn wir mit Muth, mit Vertrauen und Opferbereithheit der Arbeit uns unterziehen.

Der deutsche Bund ist durch den Krieg des vorigen Jahres zerfallen; die Präliminar- und Friedensverträge zwischen Preußen einerseits, und Oesterreich und den süddeutschen Staaten andererseits haben seine Auflösung rechtlich bestätigt, Preußen an die Spitze des norddeutschen Bundes gestellt und den süddeutschen Staaten vorbehalten, eine nationale Einigung mit diesem Bunde einzugehen.

Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und gerne werde Ich, und wird mit Mir Mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind. Sie werden reichlich aufgewogen durch die volle Theilnahme an dem nationalen Leben und die erhöhte Sicherheit für die freudig fortschreitende innere Staatsentwicklung, deren Selbstständigkeit zu wahren stets Pflicht Meiner Regierung sein wird.

Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele gethan.

Schon im August vorigen Jahres wurde gleichzeitig mit dem von Ihnen bereits genehmigten Friedensvertrag ein Ihnen vorzulegendes Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen abgeschlossen, welches beide Staaten zur gemeinschaftlichen Abwehr eines Angriffs gegen deutsches Gebiet verpflichtet und für solchen Fall Meine Truppen unter die bewährte Führung des Königs von Preußen stellt.

Dank dieser Uebereinkunft, die mit gleichem Inhalt auch zwischen den andern süddeutschen Staaten und Preußen besteht, ist die erste und dringendste nationale Forderung erfüllt: Abwehr jedes Angriffs von außen mit den geeinigten Kräften Aller unter einheitlicher Führung.

Meine Regierung betrachtet es als ernste Pflicht, durch Einführung einer der norddeutschen analogen Wehrverfassung und Heereseinrichtung dem Bündniß mit Preußen seine volle Kraft und Bedeutung zu geben. Diese tief eingreifende Neuerung erlangt dadurch eine gesteigerte Wichtigkeit, daß es Mir gelungen ist, in der Stuttgarter Conferenz Mich mit den Souverainen der anderen süddeutschen Staaten über eine gleichmäßige Behandlung der Militärfrage zu verständigen.

Die betreffenden Gesetzentwürfe werden Ihnen alsbald zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden.

Mit Befriedigung kann Ich noch auf einem andern Gebiet auf einen erfreulichen Erfolg hinweisen. Durch den Berliner Vertrag vom 8. Juli d. J. ist der Zollverein aufs Neue befestigt, und mehr als dies, er hat eine wesentlich verbesserte Organisation erhalten, welche es ermöglicht, ohne gewaltsame Krisen den rasch wechselnden Bedürfnissen des Verkehrslebens gerecht zu werden und welche die Keime weiterer Entwicklung in sich trägt.

Ich begrüße in dem Zollparlament, wenn auch seine Wirksamkeit eine beschränkte ist, doch freudig eine reguläre Vertretung des gesammten deutschen Volkes.

Der Berliner Vertrag und die zur Ausführung desselben erforderlichen Gesetze bedürfen verfassungsmäßig Ihrer Zustimmung.

Die Ereignisse des vorigen Jahres konnten auch für die inneren Zustände des Landes nicht wirkungslos vorübergehen.

Mit schmerzlicher Theilnahme sah Ich einen Theil des Landes unter den Lasten des Kriegs und den hinzutretenden Schrecken einer verheerenden Seuche leiden. Rühmend habe Ich aber auch anzuerkennen, wie die Gesamtheit bereitwillig nach dem Gesetz über die Ausgleichung der Kriegskosten den unmittelbar Betroffenen in ausgiebigem Maße einen entsprechenden Theil der Lasten abnahm.

Mögen durch diese bereits durchgeführte Maßregel und durch die eben so rasch bewirkte Rückzahlung des Steueranlehens die Wunden, welche der Krieg schlug, geheilt und die trübe Erinnerung an denselben getilgt sein.

Die ergiebige Erndte dieses Jahres und der neue Aufschwung von Handel und Verkehr, der bei zunehmendem Vertrauen zur Erhaltung des Friedens nicht ausbleiben kann, werden, so hoffe Ich, den Wohlstand des Landes auf's Neue kräftigen und mehren.

Meine Regierung mußte unter der Unsicherheit der Verhältnisse, wie sie am Ende des vorigen Jahres sich gestaltet hatten, die beabsichtigten inneren Reformen für eine kurze Frist vertagen. Kehren wir jetzt zu der nur unterbrochenen, nicht aufgegebenen Arbeit mit voller Hingebung zurück.

Die politischen Gesetze über Ministerverantwortlichkeit, über die Presse und das Vereinswesen, ebenso die über den Volksunterricht werden Ihnen wieder vorgelegt und es wird ein weiterer Gesetzesentwurf über den Schutz der parlamentarischen Redefreiheit und Beseitigung des passiven Wahlcensus Ihrer Zustimmung unterbreitet werden.

Daneben wird Meine Regierung Ihre Mitwirkung bei einer Reihe von Gesetzesentwürfen in Anspruch nehmen, welche die Befriedigung unmittelbar praktischer Bedürfnisse bezwecken.

Die Einführung der norddeutschen Währungsverfassung, der Bedarf der Amortisationskasse und die gesteigerten Anforderungen für den öffentlichen Unterricht in seinen verschiedenen Zweigen erheischen eine stärkere Anspannung der finanziellen Kräfte des Landes.

Ich zweifle nicht, daß Sie bereitwillig die Mittel bewilligen werden, welche Meine Regierung für die höchsten Ziele des Volkes fordert: für die Wehrhaftmachung nach Außen, für die Verbreitung würdiger Bildung im Innern.

Meine Regierung wird, die Gebote weiser Sparsamkeit stets im Auge behaltend, über das Maß und die Vertheilung der zu den bisherigen Steuerfähen erforderlichen Zuschläge sich mit Ihnen vereinbaren; sie wird es sich vor Allem angelegen sein lassen, durch Erleichterung und Beförderung des Verkehrs den Druck der erhöhten Steuerlast unter der erhöhten Steuerkraft verschwinden zu machen.

Die Einbußen, welche die Staatskasse durch Aufhebung des Salzmonopols und der letzten bisher noch bestandenen Schiffsabgaben in Folge der darüber abgeschlossenen Verträge erleidet, werden ausgeglichen durch die Vortheile, welche durch diese Maßregeln dem Handel und Verkehr, der gewerblichen und landwirthschaftlichen Produktion erwachsen.

Der Bau der Eisenbahnen soll mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden; ein Ihnen vorzulegendes Straßengesetz wird den Bau und die Unterhaltung eines möglichst vollständigen Netzes von Landstraßen erleichtern.

Ich erwarte, daß eine gemeinsame deutsche Ordnung des Post- und Telegraphen-, des Münz-, Maß- und Gewichtswesens in nicht ferner Zukunft zu erreichen sein wird; das gesammte wirthschaftliche Leben aller einzelnen deutschen Staaten wird dadurch neue Impulse empfangen.

Vertrauensvoll fordere Ich Sie auf, sich mit Meiner Regierung den Arbeiten zu widmen, aus welchen, wie Ich hoffe, Förderung und Wachsthum aller ideellen und materiellen Interessen Meines Landes für sich und in seiner Verbindung mit den andern deutschen Staaten erblühen wird.

Gott segne das Vaterland!